

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1895

7.3.1895 (No. 66)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 7. März.

N^o 66.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 R. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1895.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 20. Februar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Ministerialrath Franz von Geiger im Königlich Bayerischen Staatsministerium der Finanzen das Kommandeurkreuz 1. Klasse Höchstihres Ordens vom Jahrgang Löwen zu verleihen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Die Wahlen zum Londoner Grafschaftsrath.

Das Ministerium Rosebery hätte am Sonntag einen Anglistag. Die Wahlen für den Grafschaftsrath von London, für die Municipalvertretung dieser größten Riesengemeinde des Erdballs, auf welche das liberal-radikale Kabinet so große Hoffnungen gesetzt, für die es so außerordentliche Anstrengungen gemacht hatte, gestalten sich zu einer Niederlage der Regierungsmehrheit. Die Bedeutung der Wahlen in London liegt aber weniger in ihrer Rückwirkung auf die Verwaltung der Riesengemeinde während der nächsten Wahlperiode als in dem Umstande, daß die Unionisten wieder auf dem besten Wege sind, die Metropole, die sie schon seit Jahren als ein halb verlorenes Terrain betrachten mußten, zurückzuerobern. Ihr Wahlsieg ist als ein höchwichtiges Vorzeichen für den Ausgang der ebenfallts noch im Laufe dieses Jahres stattfindenden allgemeinen Parlamentswahlen anzusehen. In diesem Sinne hat man auch von vornherein den Wahlen für den Londoner Grafschaftsrath eine geradezu ausschlaggebende Tragweite beigelegt und sich für dieselben gerüstet. Die Vorbereitungen, die für den Wahltag getroffen worden waren, fanden an Umfang und Intensität den Vorarbeiten für Parlamentswahlen kaum nach. Die Unionisten waren insofern im Vortheile, als sie auf die unbefriedigende Thätigkeit ihrer Gegner, auf ihre vielen Mißgriffe und Unterlassungsjünden hinweisen konnten. Die Londoner Wählererschaft scheint von der Wirksamkeit der radikalen Partei nicht erbaud zu sein und die Wahlpärole, die gegen sie zu Felde geführt wird, gab den Bedenken Ausdruck, die gegen die Fortdauer der radikalen Wählererschaft erhoben werden. „Wenn die Bürger Londons Wahlenthaltung treiben und nicht vollzählig gegen die Wiederwahl der radikalen Majorität auftreten, so werden sie als Steuerträger ihre Laubzeit blühen müssen. Denn die radikale Majorität bedeutet Steuererhöhung.“ Diese Wahlpärole verfehlte ihre Wirkung nicht, sie rüttelte die bisher indifferenten Elemente auf und brachte diejenigen, welche zwischen der Staats- und Reichspolitik und jener in der Gemeinde bislang einen Unterschied gemacht und im Municipium wenigstens indirekt allen radikalen Phantasten Spielraum gewähren wollten, zur Besinnung. Die radikale Mehrheit der zwei verflochtenen Wahlperioden hatte in den Gemeinderath ein gut Stück Politik hineingetragen, die gar nicht in die Berufssphäre dieses Municipalkörpers gehörte. So war, wie die Wiener „Presse“ erinnert, schon in den ersten Tagen nach Konstituierung des Grafschaftsrathes in demselben die Frage des Frauenstimmrechtes praktisch aufgeworfen worden, indem die Körperschaft die Wahl einer Dame zum Rathsmittglied genehmigte. Es bedurfte damals der Intervention der Staatsregierung, um diese Neuerung ungeschehen zu machen. Noch bedenklicher als solche doktrinär-radikale Launen war aber die Weitherzigkeit, mit welcher der Grafschaftsrath in Bezug auf die Verwendung der Steuer-gelder für städtische Anlagen und Einrichtungen umgesprungen ist. Das Ministerium Gladstone und nach ihm das Ministerium Rosebery übten in diesem Punkte ihr Aufsichtsrecht sehr oberflächlich. Der Umschwung, der jetzt trotz dieser offenen Patronanz von Seite der liberal-radikalen Parteiregierung eingetreten ist, gibt den besten Beweis, wie wenig die bisherige Wirtschaft der radikalen Mehrheit im Grafschaftsrath dem gefunden Sinn der Londoner Bürger entsprochen hat. Ebenso liegt aber in diesem Wahlergebnisse auch ein Beleg für die bereits aus vielen anderen Symptomen sich ergebende Thatsache, daß die öffentliche Meinung im Lande sich allmählich mehr und mehr von der Home-Rule-Politik des Ministeriums Rosebery abwendet.

Deutschland.

Berlin, 6. März. Die Polen haben im Abgeordnetenhaus den Antrag eingebracht, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die Ausbeutung des Gesetzes vom 26. April 1886, betr. die Förderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Ostpreußen und Posen, durch entsprechende Vorlagen in die Wege zu leiten. Laut einer Mel-

dung der „Freis. Zeita.“ aus Königsberg, hat der Oberpräsident Graf Ido zu Stolberg-Bernigerode seine Entlassung erkalten.

Berlin, 5. März. Im Deutschen Landwirtschaftsrath hielt heute Minister v. Hammerstein, lebhaft begrüßt, eine Ansprache, in der er ausführte: Der Rath nehme infolge der leidenschaftlichen und gründlichen Behandlung, namentlich der Agrarfrage, in letzterer eine autoritative Stellung ein. Dieser Umstand, sowie die Thatsache, daß der Rath selbst in dieser trüben Zeit die Agrarfrage mit größter Sachlichkeit behandle, erklären es, daß die Bundesregierungen die Verhandlungen mit größtem Interesse verfolgen. Die Regierungen würden die Beschlüsse gewissenhaft prüfen und soweit möglich befolgen. (Lebhafte Beifall.) Frhr. v. Erffa spricht sich dann über Maßregeln zur Hebung der Getreidepreise aus. Der niedrige Kollas an sich verhalte nicht die niedrigen Getreidepreise. Die Hauptursache seien die billigen Frachtsätze für ausländisches Getreide, die Ueberproduktion des Auslandes und die minderwertige Baluta der Ausländerportländer; am meisten überschwemmen Deutschland Argentinien, Amerika und Rußland. Von der internationalen Doppelwährungskonferenz sei nach den jüngsten Auslassungen des englischen Schatzsekretärs wenig zu hoffen. Die Bekämpfung der Nothlage der Landwirtschaft in wirksamer Weise sei nur durch den Antrag Kanig möglich. Geschehe nichts zur Hebung der Landwirtschaft, so sei der Untergang der Landwirtschaft und damit des Staates bevorstehend. — Hier auf beiführendem Korreferent Klein-Berthelme den Antrag Kanig als einziges durchgreifendes Hilfsmittel. Kanig enthält sich der Erörterung, da er Referent im Staatsrath sein werde. Rettich-Rothfod beantragt die Verstaatlichung der Getreide-einfuhr und Verkauf bei Nichtausreichen des inländischen Getreides zu Ortspreisen, mindestens aber zum Einkaufspreis plus Zinsen, Lagerkosten und Zollzinsen. Bezirkspräsident Hammerstein-Meg beantragt einen Gesetzentwurf, wonach die Menge der erlaubten Einfuhr an Getreide und Mehl vierteljährlich durch den Bundesrath festzustellen sei. Cetto-Reicherts-hausen und Winkelmann-Diltrop beantragen, die Regierung wolle thunlichst eine Revision der Handelsverträge sowie die ausführbaren Maßnahmen zur Preisermäßigung und Produktionsverbilligung vornehmen, wozu ein Importmonopol und Getreidemonopol nicht gehörten. Im Laufe der Debatte bekämpfte Graf Bernkorf-Berthelme, Graf Cetto, Hammerstein-Meg und Professor Solg-Jena den Antrag Kanig, den Patikamer-Plaut befürwortet. Fortsetzung der Beratung morgen.

Kiel, 6. März. Das portugiesische Panzerkreuz „Vasco da Gama“ wird anläßlich der Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals hierherkommen.

Bremserhagen, 5. März. Seine Majestät der Kaiser trifft am Freitag Mittag hier ein, beichtigt den Erweiterungsbau des Kaiserhofes und reist sodann weiter.

Darmstadt, 6. März. Ein Antrag des Synodalen Brand richtet sich gegen die Wiederaufassung der Jesuiten als eine Verletzung der Rechte der evangelischen Kirche und als eine verhängnisvolle Bedrohung des religiösen Friedens. Das Oberkonsistorium soll der Staatsregierung von einer im Sinne des Antrags zu beschließenden Erklärung zur Verwendung im Bundesrathe Kenntlich geben.

München, 5. März. In einer gestern stattgefundenen sozialdemokratischen Versammlung wurde mitgetheilt, daß die Boykottkommission mit der Münchner Rindbrauerei in Unterhandlungen getreten war, mit dem Erfolge, daß das Lokal der Partei wieder zur Verfügung gestellt wurde. (1) Infolge dessen wurde der über die Brauerei verhängte Boykott wieder aufgehoben.

Strasbourg, 5. März. In der altdeutschen Presse, sowie in den elsäß-lothringischen Zeitungen ist schon zu unzähligen Malen von der Anwerbung und dem Eintritt in die französische Fremdenlegion gewarnt und auf das traurige Loos hingewiesen worden, das der leichtsinnigen jungen Leute in dieser Truppe wartet. Diese Mahnung zu erneuern dürfte gerade im gegenwärtigen Augenblicke angebracht sein, wo man, wie französische Blätter melden, sich in Frankreich mit der Absicht trägt, die aus Elsaß-Lothringen stammenden Fremdenlegionen nach dem Ablauf ihrer Dienstzeit in Dahome anzusiedeln. Sollte diese Absicht sich verwirklichen, so würde die Geschichte der französischen Besiedelung bald um ein schwarzes Blatt bereichert werden. Denn ganz abgesehen von den unsicheren, ungeordneten Verhältnissen, die in dem früheren Herrschaftsgebiet Behanzin's noch bestehen, ist das Klima Dahome's für Europäer, welche sich den anstrengenden Arbeiten eines Ansiedlers unterziehen müssen, geradezu mörderlich. Gleichwohl steht zu befürchten, daß durch diese „verlockende“ Aussicht auf Entlohnungen nach beendeter Dienstzeit wieder mancher Elsaß-Lothringer gelockt werden wird, sich zum Dienst in der Fremdenlegion zu verkaufen. Daher erscheint es dringend nöthig, wieder einmal ein ganz unparteiisches Urtheil zu erwählen, welches die Verhältnisse in der Fremdenlegion in ihrer ganzen Trostlosigkeit aufdeckt. Wer nach der herzerreißenden Schilderung, die das in diesem Fall gewiß unverdächtige „Journal des Débats“ entwirft, noch nicht endgiltig die Lust verliert zum Eintritt in die Fremdenlegion, dem kann man später nur

sagen: „wer nicht hören will, muß fühlen“. Das genannte Pariser Blatt schreibt in einer seiner letzten Nummern:

„Seit einigen Tagen bezaunet man in den Straßen von Paris Soldaten der französischen Fremdenlegion. Die Leute kommen mit Urlaub zu ihrer Erholung aus Dahome. Nach ihrem zerrütteten Aussehen zu schließen, haben sie solchen Urlaub wohl verdient. Gektern solaten wir einem dieser Unglücklichen auf dem Opernplatz, um den Eindruck zu beobachten, den sein Anblick auf die Menage hervorbringen werde. Abgetrieben durch das Fieber, faßl, getnickt und gebüdt, kaum des Lebens fähig, in seinem vollständig abgenutzten Fleischtrockner, den Hals mit einem Tuchsegen umwickelt, köstete der arme Teufel wirklich Mitleid ein. Die Vorübergehenden betrachteten theilnehmend dieses wandelnde Gespenst. Ausdrücke der Entrüstung und des Jorns wurden laut. Es ist wirklich un-greiflich, daß die Kriegsbehörde die Soldaten in solch bedauernswürdigem Zustand läßt. Abgesehen von dem Ansehen der Uniform, handelt es sich um eine Frage der Menschlichkeit, die nie vergessen werden sollte. Die Einwohner von Toulons und der anderen Kriegshäfen haben sich oft genug über das traurige Schauspiel erböt, das die zur Erholung nach Frankreich beurlaubten Soldaten bei ihrer Ankunft bieten. Bevor man die Soldaten zur Erholung beurlaubt, sollte man ihnen wenigstens warme, gute Kleidung an Stelle der elenden Lumpen geben, in denen sie unter den Tropen den Feldzug mitgemacht haben.“

Die Verfassungsrevision in Württemberg.

Der Adressentwurf zur Beantwortung der Thronrede, wie er aus den Beratungen der Adresskommission hervorging und der gestrigen Kammerverhandlung zu Grunde lag, äußert sich bezüglich der Frage der Revision der Verfassung folgendermaßen:

Eine Revision der Verfassung ist zeitgemäß und geboten. Als geeignete Grundlage erachten wir für die Zusammenfassung des Abgeordnetenhanfes eine Anhebung der Vorrechte der Geburt und des Amtes und einen Ersatz der hiernach ausscheidenden Mitglieder durch Abgeordnete, welche in größeren Kreisen durch das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Stimmrecht gewählt würden. Dem Vorschlage, zum Schutze der Minderheit diese Abgeordneten durch Proportionalwahlen zu berufen, hätten wir, wenn er von der königl. Staatsregierung als Voraussetzung einer solchen Verfassungsänderung erklärt würde, einen gründlichen Widerspruch nicht entgegenzustellen.

In der Kammerverhandlung gab, nachdem der Berichterstatter Hausmann die Gründe dargelegt, welche die Kommission zur Antragstellung veranlaßt hatten, der Ministerpräsident Frhr. v. Wittnacht eine Erklärung ab, die etwa folgendermaßen lautete:

Die Regierung konnte sich in der Thronrede nicht eingehender über die Verfassungsrevision auslassen, auch die Wahlen haben nicht alles geklärt. Die Regierung sei bereit, ihre Stellung klarzulegen. Ihre Aufgabe besteht nicht in bloßem passivem Widerstand, sie sagt auch nicht, daß sie alles gethan habe, sondern sei bereit, mit den Ständen eine neue Lösung auf Grund der neuen Verhältnisse zu suchen. Sie will sich über die Meinung des Hauses orientiren und die Führung der Angelegenheit selbst in der Hand behalten. Der Minister lobt die bewiesene Mäßigung und empfiehlt dieselbe für die Zukunft, schon weil die vereinigte Opposition keine Zweidrittelmehrheit besitze und auf die verpöthete freie Vereinigung angewiesen sei. Auch solle man die Privilegirten, die redlich mitgearbeitet haben, nicht verlegend behandeln. Auf die Geschichte der Verfassungsrevision übergehend, bemerkt der Minister, daß die bisherigen Vorschläge der Regierung keine Mehrheit fanden. Im letzten Wahlkampfe erklärten sich alle Parteien für die Beseitigung der Privilegirten. Von den Gewählten erklärte sich nicht ein einziger für den Verbleib der Privilegirten, nur einige Herren, die im Hause dann allerdings nicht erschienen sind. (Beifall.) Vielleicht seien der Wählererschaft andere Fragen noch schwerwiegender erschienen, allein Thatsache sei, daß sie sich durch ihre Stimmabgabe für die Beseitigung vorhandener Vorrechte und die reine Volkskammer ausgesprochen hat. Mit dieser Thatsache haben die Regierung und das Haus zu rechnen. Das sind neue Verhältnisse, die in den bisherigen Zustand Breche gelegt haben. Die Regierung müsse die Meinung der Privilegirten kennen lernen, sie saae nicht non possumus und behaupte nicht, mit einer Kammer ohne Privilegirte nicht auskommen zu können; will sie aber in das andere Haus zu schieben suchen. Der Minister unterzieht nunmehr die Stellungnahme der einzelnen Parteien zum Fortbestand der Ersten Kammer einer Betrachtung. Das Centrum sei entschieden für ihre Beibehaltung und der Volkspartei pressire es nicht mit der Beseitigung. Die Regierung selbst wolle eine lebenskräftige Erste Kammer, sie mache das Zweikammersystem zur conditione sine qua non. Wenn nun die Entscheidung so falle, daß die Privilegirten ausscheiden, erhebe sich die Frage, ob den bleibenden Abgeordneten ein Ersatz hinzuzufügen sei. Die Regierung muß sich bestimmen für Ersatz aussprechen, und zwar für Ersatz durch Abgeordnete, in größeren Kreisen durch Listenwahl gewählt. Als dritte Frage erhebt sich die der Proportionalwahlen. Die Proportionalwahl beseitige zwar nicht alle Unvollkommenheiten des Wahlsystems, sei aber geeignet, diese zu mildern und namentlich zu verhindern, daß einzelne Parteien zum Stillschweigen verurtheilt werden. Der Minister stellt nunmehr eine Berechnung an, wie die Zusammensetzung des Hauses bei den Proportionalwahlen angefallen wäre, und erklärt weiter: für die Regierung ist die reine Volkskammer ohne Ersatz unannehmbar, dagegen ist sie

(Mit einer Beilage.)

bereit, zu prüfen, ob die ausstehenden Privilegien zu erlangen seien durch vom Volke in größeren Kreisen im Wege der Listen- und Proportionalwahl gewählte Abgeordnete. Man konnte der Regierung nicht zumuthen, auf gut Glück eine derartige Vorlage auszuarbeiten, sie mußte sich erst Klärung verschaffen. Der Minister bittet, die Erste Kammer bei Seite zu lassen und sich auf die in der Adresse enthaltene und auch von der Regierung anerkannten Punkte zu beschränken. Kann die Regierung hierfür, nämlich für Entzerrung der privilegierten, und Ersatz durch Listen- und Proportionalwahl auf eine Zweidrittelmehrheit rechnen, so kann sie auch mit dem anderen Hause Fühlung nehmen und definitive Beschlüsse fassen. Mit Berücksichtigung konstatirt er, daß die von der Regierung gewünschte Klärung durch die Adresse gegeben sei. Auch das Haus scheint befriedigt, daß es sich in weitgehender Uebereinstimmung mit der Regierung befinde. Möge diese Uebereinstimmung eine gute Vorbereitung für die weitere Behandlung der Frage sein.

Frankreich.

Das Kriegsbudget.

Paris, 5. März. Nach Erledigung der laufenden Geschäfte setzt die Kammer die Beratung des Kriegsbudgets fort. Fresneau bemängelt den Generalkab, dessen Verfassung nicht gestatte, von ihm dieselben Dienste wie vom Großen Generalkab in Deutschland zu erwarten. Redner ist gegen die Bezeichnung eines Generalissimus, da die Verantwortlichkeit für einen Einzelnen zu groß sei. Er tabelt ferner die Einrichtung der Kriegsschule und verlangt eine Anzahl Reformen für den Generalkab. Zum Schlusse erklärt Redner, die republikanische Regierungsform scheint ihm nicht geeignet, eine gute militärische Organisation zu zeitigen.

Clodis Dugues: „Man fand das Regentheil im Jahre 1793.“
Faberot ruft: „Nieder mit dem Königthum! Hoch die soziale Revolution!“

Nach einer Rede von Berthelet, der die Einführung der zweijährigen Dienstzeit fordert, antwortet der Berichterstatter Jules Roche. Er vergleicht das französische Kriegsbudget mit dem deutschen. Seit 1887 gibt Deutschland für seine Armee bedeutend mehr aus als Frankreich. Deutschland ist seit 1893 bestrebt, sich für einen möglichen Krieg die Offensive zu sichern. Diese Doktrin hat man zur Meinung im deutschen Volke gemacht, die offiziellen Journale haben sie entwickelt. Die Blätter schreiben, im nächsten Kriege werde man Frankreich sieben neue Departements nehmen. Diese Zeitungsaufstellungen seien ein Symptom für den Geist, der die deutsche Politik leitet, selbst die deutsche Kunst und Literatur haben ein offenes Temperament. (Beifall.)

Claferet: Sie applaudiren einem Chochmer! (Beifall.)
Roche: Wasen Sie das auf der Tribüne zu sagen! (Große Unruhe.) Roche legt dann dar, daß Frankreich hinter der deutschen Offensive in seinen Vorbereitungen zurückgeblieben sei. Die deutsche Präsenzstärke beträgt 550 000 Mann, die französische nur 406 000. Roche will nicht bestimmt sein, tabelt aber scharfsinnig die Verfügungen des vorigen Kriegsministers, der die Armee desorganisiert und die Präsenzstärke gemindert habe. Die Deutschen seien auch durch gelbte Cadres überlegen. Die Deutschen haben 28 Unteroffiziere pro Kompagnie, Frankreich nur drei oder vier. Wir hatten 1870 Soldaten, aber keine Reserven, jetzt werden wir bald nur Reserven haben, aber keine Soldaten. Alle Hoffnungen bleiben erlaubt unter der Bedingung, daß wir stark genug sind, um den Tag zu erwarten, wo Recht über Gewalt triumphiert. (Beifall.)

Cavaignac bekräftigt die Angaben und Theorien Roche's. Deutschland strebt darnach, das möglichst viel Männer durch die Armee gehen und eine militärische Ausbildung erhalten, und nicht darnach, daß starke Kompagnien vorhanden sind. Die deutsche Präsenzstärke sei der französischen nur um 50 000 Mann überlegen, da man zur französischen die Kolonialregimenter und die Marine hinzurechnen muß. Redner verweist auf die sozialen Konsequenzen, die eine Aufbahrung neuer Militärlasten für die Bevölkerung hat. Frankreichs geringere Bevölkerung sei schwerer belastet, als die deutsche. Frankreich stellt 14 Mann auf 1000, Deutschland 11. In Deutschland hätten sich mehr als eine Million Wähler gegen die neuen Militärlasten ausgesprochen. In Frankreich scheinen einige ihre Popularität darin zu suchen, daß sie neue Opfer fordern und votiren. (Großer Beifall links.) Fortsetzung der Beratung am Donnerstag.

Senat. Zur Beratung steht der Gesetzentwurf von Joseph Fabre über Verpflichtung der Parlamentarier zum Heeresdienste.

Der den Hauptinhalt des Antrages bildende Artikel 1, wonach niemand Mitglied des Parlaments sein kann, wenn er den gesetzlichen Vorschriften über den aktiven Heeresdienst nicht genügt hat, wird angenommen; darauf das ganze Gesetz.

See- und Marine.

Wilhelmshaven, 5. März. Dem Vernehmen nach hielt Seine Majestät der Kaiser bei der Rekrutenvereidigung eine Ansprache, worin es ungefähr heißt: „Ihr seid hierher gekommen, den Eid der Treue zu leisten. Es war eine alte Sitte unserer Vorfahren und galt als heilige Pflicht, den Eid treu zu erfüllen. So wie ich als Kaiser und Herrscher mein ganzes Thun und Trachten für das Vaterland hingebe, habt Ihr die Verpflichtung, Euer ganzes Leben für mich hinzugeben, denn Ihr habt den Schwur als Christen geleistet; schließlich ist zu Euch durch beide Diener Gottes gesprochen. Ihr erblüht in der Kriegsschlacht den Adler, das vornehmste Thier der Welt. Mutbig erhebt er sich hoch in die Luft bis unter die Strahlen der Gottessonne, er kennt keine Furcht und Gefahr. So muß auch Euer Sinnes und Trachten sein. Ihr kommt jetzt in die Zeit, wo im Ernst des Dienstes Anforderungen, die an Euch gestellt werden, Euch schwer fallen, wo manche Stunde kommt, wo Ihr Eurer Aufgabe nicht gewachsen zu sein glaubt. Dann denkt wieder, daß Ihr Christen seid, denkt an Euer Eltern, als Eure Mutter Euch das Vaterland gelehrt. Unsere Marine ist äußerlich zwar klein, aber was uns stärker macht, wie andere Marinen, ist die Disziplin, der unbedingte Gehorsam gegen die Vorgesetzten. So wird unsere Marine gedeihen und groß werden in der Friedensarbeit zum Nutzen und Wohle des Vaterlandes und im Kriege, so wie zu Gott hoffen wollen, um den Feind zu vernichten. Seid wie die alten Brandenburger! — Der Kaiser begab sich um 3 Uhr vom Kasino zur Werk, woselbst im Beisein der Mitglieder des Schiffbauamts, des Staatssekretärs Hollmann, der anwesenden Admirale und des Oberwerftdirektors Bedenhausen die Kiellegung zu dem Flachschiß „Graf Preußen“ stattfand. Der Kaiser schlug den ersten Niet in die Kielplatte. Im Laufe des Nachmittags besichtigte der Kaiser die Modellschifferei der Werk und das Modell zu dem Steven des Panzerschiffes „Graf Preußen“. Hierauf besichtigte der Kaiser das Panzerschiff „Weißenburg“ und begab sich dann an Bord des

Panzerschiffes „Kurfürst Friedrich Wilhelm“, auf dem er übernachtet wird.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 6. März.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog ertheilte heute Vormittag von 10 Uhr an den nachgenannten Personen Audienz: dem Oberamtmann Dr. Asaf in Adelsheim, dem Professor Dr. Endres an der Technischen Hochschule, dem Professor Dr. Rober, Vorstand der Realschule in Ueberlingen, dem Amtsrichter Dr. Ehard in Neustadt, dem Hauptamtsverwalter Elmer in Stühlingen, dem Hauptamtskontrollreuen Kehler in Kehl und Waibel in Mannheim, dem Secondlieutenant a. D. Klein, Vorsitzenden des Enzgau-Militärvereinsverbandes in Pforzheim, den Reallehrern Hofheinz in Gengenbach und Steiger in Karlsruhe, dem Rentamtmann Spies in Wesselshausen, den Fortstapellieuten Eberbach und Feist in Karlsruhe, Häfeler in Waldkirch, Reuter in Bruchsal, Wendt und Litsch in Pforzheim, dem Regierungsbaumeister Lang in Heidelberg, dem Revisor Kern und dem Zeichner Jach in Karlsruhe, sowie einer Abordnung des Vorstandes des Vereins zur Erbauung eines evangelischen Krankens- und Diakonissenhauses in Freiburg, bestehend aus dem Kaiserlichen Landgerichtsrath a. D. von Derzen, dem Großherzoglichen Landgerichtsrath Dr. Kupfer und dem evangelischen Stadtpfarrer Schmitthenner. Nachmittags hielt der Konjul von Hesse-Wartegg im Großherzoglichen Schlosse einen Vortrag über Korea und die gegenwärtigen Verhältnisse von Japan und China, zu welchem eine größere Anzahl von Personen eingeladen war.

Der I. Entwurf zum Sommerfahrplan der Badischen Eisenbahnen

enthält als wesentliche Neuerung den Entwurf des Fahrplans für die Neubautrecken Graben-Karlsruhe-Kastatt-Röschwoog-Heidenau. Darnach sollen die jetzt auf der Rheinbahn über Graben-Eggenstein verkehrenden Schnell- und Personenzüge — abgesehen von den Morgenzügen — über Friedrichsthal geleitet werden. Auf der Strecke Mannheim-Karlsruhe-Kastatt-Heidenau-Saargemünd soll ein durchgehender Betrieb eingeführt werden mit Anschluß in Röschwoog nach und von Straßburg. In Richtung von Westen nach Osten ist auf der neuen Strecke außerdem ein neuer Schnellzug zwischen Weg und Kastatt vorgesehen, der in Kastatt bezw. in Karlsruhe Anschluß an die Tagesverbindungen nach und von Nürnberg und München findet. Die wichtigsten Schnellzüge der Hauptbahnlinie Mannheim-Basel haben im allgemeinen wieder die Lage vom vergangenen Sommer erhalten. Die Schnellzüge 1 und 12 sollen ihrer im Sommer sehr starken Belastung wegen nur I. und II. Klasse führen, dagegen wird Schnellzug 14, bei dem vom 1. Juni ab eine neue Verbindung von Zürich (Abfahrt 2 Uhr Nachm.) gewonnen wird, die III. Klasse erhalten. Zug 1 wird in der Hauptverkehrszeit auf Strecke Heidelberg-Offenburg doppelt geführt; ebenso soll Schnellzug 12 in Karlsruhe getrennt und die Mannheimer Abtheilung direkt über die Rheinbahn geleitet werden, um die Verbindungen mit Mannheim zu verbessern und zu bereichern, sowie die zu Klagen Anlaß gebenden Stillager in Heidelberg thunlichst zu beseitigen. Statt des Zuges 12 ist zwischen Heidelberg und Mannheim ein neuer Zug unabhängig vom Zug 12 vorgesehen, um den Lokalfahrtverkehr besser und geregelter zu bedienen und einen Theaterzug nach Mannheim zu schaffen.

Zug 63 wird getrennt vom Zug 105 schon von Mannheim aus geführt und erhält Halte in Wimpfelsheim und Ubstadt. Auch die Züge 62 und 79 sollen dort halten. Im Anschluß an Zug 69 wurde von Wimpfelsheim bis Basel ein neuer Personenzug 77 vorgesehen. Ferner wird ein weiterer Morgenzug von Heidelberg bis Schweigingen und zurück geführt werden, im Anschluß an die Züge 60 und 102 in der Richtung nach Schweigingen und von Zug 184 sowie an Schnellzug 23 in umgekehrter Richtung. Die Personenzüge mit Güterbeförderung Nr. 55 und 64 sind in reine Personenzüge umgewandelt worden. Zug 55 kann daher früher in Freiburg einreisen und infolge dessen auch der anschließende Stillhaltebahnhof 455 nebst dem Gegenzug 458 früher geleitet werden, daß der letztere in Freiburg Anschluß an die Schnellzüge 12 und 3 erhalten kann. Zug 64 wurde ab Basel später geleitet und nimmt in Leopoldsdörfer nach den Anschluß von Zug 372 von Lörach auf. Durch Beschleunigung auf der Strecke Freiburg-Appenweier wird in Appenweier der Anschluß an Schnellzug 21 nach Straßburg-Paris gewonnen. Von Heidelberg bis Mannheim wurde Zug 64 soviel früher geleitet, daß der Anschluß an den besagten Schnellzug 163 Mannheim-Mainz-Köln erreicht wird. Schnellzug 6 hält ebenfalls in Appenweier und findet Anschluß an den später geleiteten Personenzug 107 (nun 109) nach Straßburg. Schnellzug 6a, der zur Entlastung des Zuges 6 von Appenweier bis Karlsruhe wieder geführt wird, soll in Wimpfelsheim und Ubstadt anhalten. Schnellzug 24 (jetzt 26) Karlsruhe wird auch in Pforzheim anhalten. Zug 306 von Karlsruhe nach Rastatt soll 20 Minuten früher (ab Karlsruhe 7¹⁵) fahren, dadurch wird in Wimpfelsheim der Anschluß an den Wälz. Schnellzug 185 erreicht und eine gute Frühverbindung Karlsruhe-Neustadt (Ankunft 9 Uhr 6 Min. Vormittags) geschaffen. Der Abendzug 322 Rastatt-Karlsruhe erhält in Karlsruhe Anschluß an Zug 86 nach Bruchsal.

Schwarzwaldbahn Schnellzug 38 wurde von Konstanz und Singen bis Offenburg gegenüber vergangener Sommer später geleitet, um eine neue Verbindung aus der Dilschweiz (von Tübingen) nach aufzunehmen. Die Züge 399 und 400 sollen in Warbach anhalten. Zwischen Rastatt und Mannheim wurde ein neuer Lokalzug, um 7 Uhr Abends, vorgesehen.

Der im Fahrplänenentwurf ebenfalls mit enthaltene Entwurf für den Fahrplan der Rastatt-Karlsruhe-Eisenbahn (L. u. R.) enthält fünf Züge in jeder Richtung, einige Züge dieser neuen Linie sollen von Stahringen bis Stodach durchgeführt werden, zur Vereinerung der Verbindungen mit Stodach, auch ist ein weiterer Abendzug von Rastatt bis Stodach vorgesehen, der in Rastatt Anschluß nach und von Konstanz bietet.

(Von Interesse für die künstlerischen und wissenschaftlichen Kreise Badens dürfte es sein), daß auch in diesem Jahre aus der „Schweizers-Friedrichs-Stiftung“ in Wien Stipendien und Pensionen zur Verleihung gelangen. Und zwar werden verliehen: a. Stipendien an Künstler oder Gelehrte zur Vollendung ihrer Ausbildung oder

zur Ausführung eines bestimmten Werkes, oder zur Veröffentlichung eines solchen, oder im Falle plötzlicher eintretender Arbeitsunfähigkeit; b. Pensionen an Künstler oder Gelehrte, welche durch Alter, Krankheit oder Unglücksfälle in Mittellosigkeit gerathen sind. Zur Erlangung eines Stipendiums muß der Bewerber in seinem an das Kuratorium zu richtenden Gesuche folgende Belege beibringen: a. den Tauf- oder Geburtschein, b. Studien- oder Prüfungszeugnisse, c. glaubwürdige Zeugnisse über seine wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen, o. ein behördliches Zeugnis über seine Mittellosigkeit. Mit dem Gesuche um eine Pension ist beizubringen: a. der Tauf- oder Geburtschein, b. eine glaubwürdige Bescheinigung über die Krankheit oder den Unglücksfall, wodurch der Bewerber in Mittellosigkeit gerathen ist, c. ein Ausweis über die Verdienste des Bewerbers um Wissenschaft und Kunst. Die Gesuche sind bis 31. März 1895 im Präsidialbureau des Wiener Gemeinderaths I, Lichtenselgasse 2 I. Stod, zu überreichen, woselbst auch die Stipendialstatuten gehoben werden können. Nicht vorgeschriebene Belege können nicht in Betracht gezogen.

(Die Sammlung im Großherzogthum Baden für die durch Erdbeben beschädigten Bewohner Südtaliens hat im ganzen 12 131 M. 35 Pf. ergeben.)

(Der Lebensbedarf in der Provinz Karlsruhe hat seine ordentliche Generalversammlung auf den 12. März angesetzt und zugleich die Rechnungsnachweisungen für das Jahr 1894 angelesen. Der Umlauf des Geschäftes betrug 2 290 630 M.; das Baarengeschäft hat einen Gewinn von 203 250 M. ergeben, die Bäder 39 636 M., das Substanzgeschäft 10 958 M., das Holz- und Kohlengeschäft 36 188 M. und das Viehrenten-(Marlen-)Geschäft 50 187 M., im ganzen 340 315 M. Gewinn. Nach Abzug sämtlicher Unkosten und Zinsen, und nach reichlicher Abschreibung an den Gegenständen, Gerätschaften und Maschinen verbleibt ein Ringewinn von 234 553 M. Es wird vorgeschlagen, die Geschäftsanteile mit 5 Proz. zu verzinzen und eine Dividende von 10 Proz. zu gewähren. Auf den Markennutzen von 2 220 128 M. kommt hiernach die Summe von 222 012 M. als Dividende an die Mitglieder zur Verteilung. Der Reservefond ist auf 23 883 M. angewachsen, der Unterstiftungsfond auf 2 321 M. Die Zahl der Mitglieder ist auf 4 785 im Jahr 1894 angewachsen. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Erhöhung des Viehrentengeschäftes sieht sich der Verein veranlaßt, zur Trennung der Dividende für die Umsätze in den eigenen Geschäften des Vereins und für die Umsätze bei den Viehrenten zu scheitern, eine Einrichtung, die von den Konsumvereinen fast überall, wo das Marlen- oder Viehrentengeschäft einen größeren Umfang genommen hat, bereits eingeführt ist. Die eingehende Begründung dieses Antrages ist den Rechnungsnachweisungen beigelegt. Ein weiterer Antrag bezweckt die Herabsetzung der Verzinsung der Spareinlagen von 5 Proz. auf 4 Proz., was in den jetzigen Geldverhältnissen genügend begründet ist. Für die Geschäftsanteile dagegen soll die bisherige Verzinsung mit 5 Proz. beibehalten werden.)

(Zur Schule reform.) Gestern Abend hielt im großen Museumsaal auf Veranlassung des hiesigen Schulvereins Herr Direktor Dr. Reinhardt aus Frankfurt a. M. einen interessanten Vortrag über die Schulreform unter Erörterung der auf die Frankfurter Schulreform. Die Annahme, als ob die Reformen darauf ausgingen, die humanistischen Wissenschaften durch Einschränkung des Lateinunterrichts zu schmälern, würde wohl am besten durch die Thatfache hinlänglich, daß die Begründer der Reformschulen vornehmlich Altphilologen seien, die niemals diesen Schritt nach vorwärts gewagt, wenn darunter die humanistische Bildung zu leiden hätte. Nicht die Bildung oder Wissenschaft sollte in rückläufiger Bahnen gehen, sondern nur die Methode des Studiums sollte eine andere werden. Die Reformen versuchten, eine kleine Verschiebung nach dem Grundfah vorzunehmen, neue sprachliche Unterrichtsgegenstände einzuhalten in dem Lehrplan aufzunehmen, wenn der vorhergehende in seinem Umfang einkassiert worden sei. Es solle also vom 9. bis 12. Jahre, also für die ersten drei Jahre, eine Sprache den alleinigen Unterrichtsgegenstand auf dem Sprachunterricht bilden; mit dem 12. Jahre trete eine weitere Sprache als Unterrichtsgegenstand hinzu, für den zwei Jahre gefordert werden, und mit dem 14. Jahre endlich sei mit dem Unterricht in der dritten Sprache einzuleiten. Aus pädagogischen Gründen sei aber auch die Reihenfolge im sprachlichen Unterricht zu ändern, denn wie bei dem Unterrichte der Knaben im kindlichen Alter der Anschauungsunterricht der beste sei, so müsse man auch bei dem sprachlichen Unterrichte dieser Methode folgen, und diese gäbe, mit einer modernen Sprache zu beginnen. Auf diese folgt in der oben bezeichneten Reihenfolge das Latein und später das Griechisch. Wenn also schon pädagogische Gründe dafür sprächen, es einmal mit dieser Reform zu versuchen, so seien es auch ganz erhebliche praktische Gründe, die für diese Reform sprächen. Nach diesem Reformunterricht sei die Erziehung aller Schüler bis zum 12. Jahre eine einheitliche und es tritt für die Eltern in diesem Alter des Schülers die Aufgabe heran, sich für den zukünftigen Beruf ihrer Söhne entscheiden zu müssen, während diese Entscheidung jetzt schon im 9. Jahre des Schülers angerufen wird. Andererseits brauche man sich erst im 14. oder 15. Jahre des Knaben zu entscheiden, ob als letzte Sprache das Griechisch oder das Englisch hinzutreten soll. Der beständige wirtschaftliche Kampf, der sich immer stärker entwickeln werde, erfordert bringend eine Reform auf dem Gebiet der Schule — die heute empfohlene Reform sei aber auch durchaus nicht neu, sie sei empfohlen von dem ersten und größten Pädagogen des 17. Jahrhunderts, von Comenius in seiner „Didactica magna“, und im 18. Jahrhundert von Herder, der in seinen Schriften wiederholt einer Neuauflage des Schulwesens das Wort geredet, und zwar im gleichen Sinne wie Comenius. Auch Herder habe bis zur Tertie einen gemeinsamen Unterrichtsunterbau angekrebt, die Erlernung einer modernen Sprache als erste empfohlen und dann erst dem Lateinischen und Griechischen das Wort geredet. Nach diesem Plane, der also auf die Pädagogen des 17. und 18. Jahrhunderts zurückzuführen sei, habe man die Reformschule in Frankfurt eingerichtet. Er könne es im Interesse der Reform nur lebhaft begrüßen, wenn auch Karlsruhe auf diesem Gebiete machen werde, der Erfolg werde nicht ausbleiben.)

(Kolosseum.) Die Direktion hat mit dem Engagement ihrer neuesten Spezialitäten besonders Glück gehabt; lunter tüchtige, zum Theil sogar hervorragende Kräfte bilden das gegenwärtige Ensemble und wickeln das interessante und reichhaltige Programm in einer Weise ab, die das Publikum zu warmer Anerkennung und beifälliger Aufnahme zwingen. An erster Stelle möchten wir unter den aufstretenden Künstlern den „Siget“-Jongleur Canary nennen, der nicht die ausgetretenen Fährte der Equilibristik wandelt, sondern in höchst origineller Weise mit den Gegenständen jonglirt, mit denen er als „Siget“ in Verbindung kommen muß; mit Sigetlod, Hut, Sigare, mit Bilderdarstellungen, Schirm, Cylinder, Reifstafel, Cigarrenspitzen,

Speisefarte, Teller, Serviette etc. Besonders bewundernswert an den Kunststücken Canary's ist die Eleganz und Sicherheit, mit der sie dem raumenden Publikum vorgeführt werden. Eine weitere Glanznummer bietet Fel. Varenco mit ihren schwierigen Produktionen auf dem Drahtseil, auf welchem sie sich fast mit derselben Sicherheit bewegt, wie gewöhnliche Sterbliche auf dem ebenen Boden. Eine reizende, dramatische Scene, voll kräftigen Humors und bayrischen Mutterwitzes führen Hans und Toni Kilian in dem Kriegsbild aus dem Feldzug 1870/71 vor. Die Hahntruppe (Parterre-Akrobaten) leistet Vortänze, während die ecentrischen Neger (Gebr. Melor) ihre Wirkung auf stark organisierte Nervensysteme nicht verfehlen. Auch die Scherzstücke des Varietés: die Soubrette und der Gesangs-humorist, stehen diesmal auf dem Niveau des Nichtalltäglichen. Fel. Liedmann ist von ihrem früheren Auftreten her noch in guter Erinnerung; sie singt und spielt vortrefflich. Ebenso ihre Kollege, der Gesangshumorist Herr Schlosse, der als richtiger Salonhumorist mit seiner prächtigen Baritonstimme all- abendlich reichen Applaus erntet.

Kleine Nachrichten aus Karlsruhe. Ein stellen- loser Blechnergeselle von hier, der am 23. v. Mts. einem Bäcker in der Vesting-Strasse einen Korb mit Breteln, die er verkaufen sollte, untergeschlug, wurde gestern verhaftet. — Ebenso ein Haus- bursche aus Eutingen, der vom Amtsgericht hier wegen Unter- schlagung schriftlich verfolgt wurde.

Kleine Nachrichten aus dem Großherzog- thum. In Schallstadt wurde der bisherige Bürgermeister Höflin wiedergewählt. — In Rumbach wurde Gemeinderath Schlageter zum Bürgermeister gewählt. — In Hornberg fand am Sonntag das Gesangs- und Vereinigten Kirchenchöre Offenburg, Schiltach, St. Geragen, Buchenberg und Hornberg statt. Dasselbe nahm einen prächtigen Verlauf. Die Gesamt- chöre, vorgetragen von einer 200 Personen zählenden Sängers- chaar, wurden unter der Leitung des Bezirksvertreters der einzelnen Vereine, Hauptlehrer Anton von Hornberg, muster- haft vorgetragen. — In St. Leon (Amt Wiesloch) wurde der Landwirth Johann Höpmann beim Holzabladen von einem fal- tenden eichenen Holzblock getroffen und ihm der Schädel einge- drückt. Der Tod trat augenblicklich ein. Der Berunglückte hinterläßt eine Wittve und vier unmündige Kinder. — In der Nähe von Unterschumattentweg wurde die Leiche des Baaren- vertheigerers Joseph Martin mit mehreren schweren Wunden am Kopfe aufgefunden. Die Sektion ergab, daß Martin erschlagen wurde. Von den Thätern hat man noch keine Spur. — Unter- halb der Rheinbrücke bei Mannheim fiel der 75jährige Maschinist Perold von Worms in den Strom und ertrank. — In Dossen- heim soll im Laufe des kommenden Sommers eine Freiwillige Feuerwehr in's Leben gerufen werden. Etwa 50 Mann haben sich bereits dazu gemeldet.

Baden, 6. März. Von heute ab wird dem Vernehmen nach die elektrische Beleuchtung in dem hiesigen Bahnhofsgebäude in Betrieb genommen werden. Eine kürzlich mit der elektrischen Leitung angelegte Probe hat ein durchaus befriedigendes Er- gebniß gehabt. Die Abfahrt und Anlauf der Eisenbahnzüge erfolgt bereits seit dem 28. Februar an dem neuen Perron.

Offenburg, 5. März. In einer gestern stattgefundenen Ein- wohnerversammlung wurde eine Resolution angenommen, welche sich gegen die Einführung der Städteordnung in Offenburg ausspricht und den Bürgerausschuß und Gemeinderath bittet, einen gegenläufigen Antrag abzulehnen. Die Resolution enthält ferner ein Vertrauensvotum für Herrn Bürgermeister Hermann, an welchen das dringende Gesuch gerichtet wird, sein ferneres Verbleiben im Amte nicht von der Einführung der Städteord- nung abhängig zu machen. — Eine Anzahl hiesiger Einwohner hat auf gemeinsame Kosten eine größere Theaterbühne er- richtet lassen, welche am Sonntag Abend durch eine Vorstellung von Schauspielern des Karlsruher Hoftheaters eingeweiht wurde. Es wurde mit großem Erfolg das Morell'sche Lustspiel „Donna Diana“ gegeben. Die Vorstellung wurde eingeleitet durch einen Prolog, der die Bedeutung des Werkes für das Kunstleben Offenburgs würdigt.

Verstorbene.

Vildesheim, 5. März. Das Schwurgericht verurtheilte den Dachdecker Reise wegen Mordes zum Tode. Reise hatte in entsetzlicher Weise einen vorerledigen, etwa fünfjährigen Knaben seiner Frau durch Nahrungsentziehung und Mißhandlungen langsam zu Tode gemartert.

Syrus, 5. März. Die Polizei hat in dem Keller eines Bergmanns eine große Menge Dynamit und Dynamit- patronen entdeckt und den Bergmann verhaftet.

Badze, 5. März. Durch Zufall kamen in hiesiger Station auf der Station Rada losgeladener Wagen mit einem Güterzuge auf der hiesigen Station wurden 12 Wagen zertrümmert.

Aus Italien, 3. März. Das Schwurgericht zu Bari hat in diesen Tagen eine Mißthat geurtheilt, die bei Gelegenheit der vorjährigen Steuerarbeiten in Vintono (Apulien) von dem auf- gereizten Pöbel begangen worden war. Sechs Personen wurden schuldig erkannt, den dortigen Steueragenten durch Verbrechen angetödtet, bzw. Verwundungen zugefügt zu haben, und zu Gefängnisstrafen von 30, 26, 15 und 5 Jahren verurtheilt. — In Genua ist im äußersten Elend ein reicher Geizhals gestorben. Den Arzt, den seine treue, seit Jahren nicht bezahlte Dienerin bei seiner letzten Krankheit gerufen hatte, wies er aus dem Hause, um Kosten zu sparen, und ging dann nach wenigen Tagen ohne ärztliche Pflege und ordentliche Nahrung zu Grunde. In dem Strohsack seines ärmlichen Lagers fanden sich nach seinem Tode 760 000 Lire in Bankcheinen und Staatspapieren. — Das Mailänder Blatt, „Corriere della Sera“, wird in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 1 800 000 L. umge- wandelt.

Telegraphische Nachrichten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 6. März. Weiterberatung der Anträge Hammerstein und Liebermann, betreffend das Verbot der Einwanderung der Juden. Damit wird die Debatte über den Antrag Haffe, betreffend Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit, verbunden. Der Antrag Haffe wünscht die Vorlegung eines Gesetzesentwurfes, welcher diese Materie regelt, und fordert, in dem Entwurfe solle der Grundsatze einer Erschwerung des Ver- lustes der Reichs- und Staatsangehörigkeit, wie auch der Naturali- sation Fremder in Deutschland zur Geltung kommen.

Abg. Haffe begründet seinen Antrag und bemerkt, er sei Gegen- ner der Anträge Hammerstein und Liebermann und des Anti- semitismus, weil derselbe die Landuldsamkeit nähre und die Lei- denschaften erzeuge. Der Antisemitismus habe jedoch eine gewisse

Berechtigung in nationaler und wirtschaftlicher Hinsicht. In seinem Antrag handle es sich aber nicht um diesen Punkt, sein Antrag fordere, daß für die Naturalisation nationale Gesinnung und Erwerbsfähigkeit verlangt werde und daß beim Auswandern das Ausschneiden aus dem Staatsverband erschwert werde. Er empfehle als Centralbehörde für Prüfung der Naturalisations- gesuche das Bundesamt für Heimatswesen.

Abg. Richter wendet sich gegen den Antrag Haffe. Der Verlehr lasse sich durch solche chinesische Mauern nicht hindern. Bezüglich der antisemitischen Anträge konstatirt Redner, daß der Bund der Landwirthe ganz antisemitisch sei. (v. Pöhl u. A. rufen: „Sehr gut, sehr wahr!“) Der Antisemitismus erstrebe die Aufhebung der Gleichberechtigung der Juden. Die anti- semitischen Anträge widersprechen den Handelsverträgen und der christlichen Liebe, von der immer so viel die Rede ist. Im Laufe eines ganzen Menschenalters wanderten in Deutschland nur 19 000 Juden ein, von denen 7 000 naturalisirt wurden. Dem- gegenüber soll Deutschland für Heimbauwesen?

Staatssekretär v. Bötticher erklärt, er habe die Stim- mung des Bundesraths noch nicht sondirt. Die Anträge schie- nen zulässig, soweit sie den Erwerb der Staatsangehörigkeit ändern wollen; es widerspreche aber den Handelsverträgen, wenn die Anträge es unmöglich machen wollen, daß ein einem Ver- tragsstaate angehöriger Jude in Deutschland Handel treibe. Es ist uns aber nicht verwehrt, Ausländer aus irgend welchen po- litischen Interessen auszuweisen.

Abg. Lieber (Centrum) meint, der Antrag Haffe sei nicht genügend motivirt. Bezüglich der Anträge Liebermann und Hammerstein halte er das Verbot der Einwanderung einfach für verfassungswidrig. In dem Begriffe Reservatrecht geböre auch das Heimaths- und Niederlassungswesen. Das hätten die Konser- vativen zum Ausdruck bringen wollen. Das Centrum sei gegen jedes Ausnahmegesetz. Die jüdischen Mitbürger gäben allerdings zu manchen berechtigten Klagen Anlaß, diese Klagen würden aber nicht allein durch die Juden veranlaßt. Das Centrum könne dem Ausnahmegesetz nicht zustimmen, wenn es an die Geschichte des Kulturkampfes zurückdenke, an dem allerdings auch Juden theilnahmen und alles Heilige in den Staub zogen. Das Centrum wolle nicht, daß es heiße: „Deute die Juden, morgen die Polen, übermorgen wieder die Katholiken.“ (Beifall im Centrum.)

Abg. Hermeß (freis. Volksp.) erklärt es für Sünde und Schande, daß solche Anträge gestellt und solche Reden gehalten würden, wie die antisemitischen. (Der Präsident erklärt diesen Ausdruck unzulässig bezüglich eines Mitgliedes des Hauses.) Redner bespricht eingehend die Reden, die die antisemitischen Antragsteller gehalten haben, und wird wiederholt durch Zurufe und Rufen auf der rechten Seite unterbrochen. Redner bezeichnet schließlich den Antisemitismus als eine Schmach für Deutschland, der schlimmer sei, als die Sozialdemokratie.

Abg. v. Langen (konl.) bespricht die Haltung der Gegner der Anträge und schildert die jüdischen Eigenschaften zur großen Heiterkeit der Reden. (Schluß des Blattes.)

Berlin, 6. März. Die Budgetkommission des Reichstags bewilligte heute den Kommandantenposten in Altona. — Die Umstrukturirungskommission debattirte noch- mals drei Stunden über den § 130, ohne zur Abstimmung zu kommen. Es liegen neue Anträge vor. Abgeordneter Cunececcus will Wissenschaft und historische Forschung vor dem § 130 schützen.

Berlin, 6. März. Der Oberpräsident Graf Stol- berg war vom Minister v. Köller aufgefordert worden, über seine Erklärung zum Antrag Kanig zu berichten. Er lehnte jeden Bericht über sein anheramtliches Ver- halten ab und überließ dem Minister, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Das war angeblich der Grund zu seiner Entlassung.

Berlin, 6. März. Die wirtschaftliche Vereini- gung des Reichstags nahm einen von der Kommission des Bundes der Landwirthe ausgearbeiteten Entwurf betreffend die Zuckerzuckerreform mit einem Amendement Paasche ein. Der frühere Antrag Paasche wird fallen gelassen.

Preßburg, 6. März. Bei der Einfahrt in ein Blei- bergwerk sind heute sieben Personen ums Leben ge- kommen.

Sodomezov Vasathely, 6. März. Gestern begann der Straf- prozeß gegen die Sozialisten, die im August vorigen Jahres das Stadtbüro führten und die Freilassung ihrer Führer, sowie die Herausgabe der beschlagnahmten Schriften forderten.

Rom, 6. März. Der hiesige Deutsche Künstlerverein beschloß, den Fürsten Bismarck zu seinem 80. Geburtstag zum Ehrenmitglied zu ernennen.

Rom, 6. März. Die auf Königs Geburtstag in Aussicht genommene Amnestie begrenzt sich, lt. Teleg. der „Frankf. Ztg.“, auf diejenigen Personen, welche wegen Delikten gegen die Sicherheit des Staates zu nicht mehr als fünf Jahren verurtheilt wurden. Die Strafszeit der übrigen Verurtheilten wird dementsprechend verfürzt werden.

Rom, 6. März. Der Historiker Cesare Cantu ist schwer erkrankt. Sein Ableben wird befürchtet.

London, 6. März. Das Parlamentsmitglied für Bristol (Oh) Sir Josef Weston, ist heute an Influxenza gestorben.

London, 6. März. Lord Rosebery's Befinden hat sich heute früh in jeder Beziehung gebessert.

St. Petersburg, 5. März. Der deutsche „St. Petersburger Zeitung“ zufolge behalte die Absicht, Bismarck an seinem 80. Geburtstag eine werthvolle Ehrengabe zu überreichen. Die deutschen Kolonien von Petersburg, Moskau, Riga, Reval, Charlow, Waku u. a. Städte Rußlands werden sich daran be- theiligen. Ueber den Charakter der Gabe theilt das Blatt nichts mit, erwähnt vielmehr nur, daß das Geschenk in sinniger Weise an das Land erinnere, aus dem es komme. Das Geschenk wird von einer Abordnung überreicht werden. Die hiesige deutsche Kolonie wird den Geburtstag durch eine große Festfeier ammlung begehen.

Madrid, 6. März. Der Kriegsminister dementirte in der Kammer die Nachricht von dem Tode des Generals Pacham- bre. Auf Cuba ergab sich der Rebellenführer Baquer. Der Ausstand in Matanzas ist vollständig beendet. Die spanischen

Truppen rufen ungehört in Guanantamo, da die dortigen wenig zahlreichen Aufständischen jeden Zusammenstoß mit den Truppen der Regierung vermeiden. Drei spanische Kanonenboote über- wachen die Küste.

Madrid, 6. März. Das Comité der Nordbahngesell- schaft beschloß, den früheren Spezialtarif wieder einzuführen. — Ein Freiwilligenkorps auf Cuba hat dem Generalgouverneur seine Mithilfe zur Bekämpfung der Aufständischen angeboten. — Der Gesandte der Vereinigten Staaten hatte dem Ministerpräsidenten Sagasta einen Besuch ab und hat demselben die bedingungslose Unterstützung seiner Regierung bei dem Auf- stande auf Cuba an.

New-York, 6. März. Nach einer Depesche aus Port of Spain (Trinidad) ist der Geschäftstheil der Stadt abgebrannt. Der Schaden wird auf 4 Millionen Dollars geschätzt. Von den englischen und amerikanischen Schiffen wurden Mannschaften gelandet, welche den Rest der Stadt retteten.

Port Said, 6. März. Der belgische Dampfer „Fried- land“, welcher mit 160 Touristen von New-York nach Jaffa unterwegs war, strandete bei der Einfahrt in den Hafen.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag den 7. März. 33. Ab. Vorf. Kleine Preise. Die Galloschen des Glücks, Faubertpost mit Gefang und Tanz in drei Akten und acht Bildern von E. Jakobson und Otto Girndt; die Grundidee ist dem gleichnamigen Andersen'schen Märchen entnommen, Musik von G. Lehnhardt. Anfang 7/7 Uhr.

Freitag, 8. März. 34. Ab. Vorf. Eingetretener Hindernisse wegen halt „Falkhoff“: Die Gärtnerin, komische Oper in 2 Aufzügen von W. M. Mozart, mit neuem Text und Dialog von Dr. Max Kalbed. — Der Lotse, Oper in 1 Aufzuge von Ferdinand Lamed. Musik von Max Drauer. Anfang 7/7 Uhr.

Familiennachrichten.

Auszug aus dem Karlsruher Standesbuch-Register. Todesfälle. 5. März. Sofie, Ehefrau von Josef Wolf, Brenner, 33 J. — Friedrich Kasten, Ehemann, Metalldecker, 47 J. — Willi, 5 J., S. + Louis Schmidt, Markthelfer. — Lisette, Ehefrau von Christian Martin, Leichenträger, 60 J. — Jakob Wiesner, Ehemann, Rangledner a. D., 77 J.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

März	Barom. in mm	Therm. in C	Absolute Feucht. in mm	Relative Feucht. in %	Wind	Witterung
5. Nachts 9 ^u 11.	748.3	- 2.8	3.2	87	NE	heiter
6. Morgs. 7 ^u 11.	761.1	- 13.6	1.4	92	"	"
6. Mittags. 2 ^u 11.	761.2	- 1.2	2.6	61	"	"

Obdächte Temperatur am 5. März 0.0°; niedrigste heute Nacht - 15.5°

Niederschlagsmenge der letzten 24 Stunden 0.3 mm.

Lufttemperaturen und Schneehöhen am 6. März, Morgens: Merzsburg - 7°, 6 cm; Lohndenberg - 8°, 118 cm; Bil- lingen - 20°, 43 cm; Buchen - 20°, 80 cm.

Wasserstand des Rheins. Wagan, 6. März, Morgs., 2.61 m.

Wetterbericht des Centralbur. f. Met. u. Hyd. v. 6. März, 1896

Die Luftdruckverteilung hat sich seit dem Vortag völlig um- geändert. Im Nordwesten der britischen Inseln ist eine De- pression aufgetaucht, welche dort mildes Regenwetter verursacht (Zeit + 7); sie ist von einer über der Adria gelegenen durch einen von Frankreich aus über Deutschland hinweg nach Polen hin sich ziehenden Rücken hohen Druckes getrennt. In diesem schmalen Streifen hat es aufgekurt und der Frost hat demgemäß stark zugenommen. Die niedrigsten Temperaturen sind in Süd- und Mitteldeutschland beobachtet worden. (Kaiserlautern - 16 1/2, Billingen und Buchen - 20°, Chemnitz - 19°). Voraussichtlich wird die nordwestliche Depression langsam ihren Einfluß binnen- wärts ausdehnen; nach einer nochmals kalten Nacht dürften Zunahme der Bewölkung, Erwärmung und später Niederschläge zu erwarten sein.

Telegraphische Kursberichte

vom 6. März 1896.

Frankfurt. (Anfangskurse.) Kreditaktien 326.—, Staatsb. 331 1/2, Lombarden 91 1/2, 3/4, Portugiesen 26.10, Cuxper 105.60, Unqarn 102.60, Diskonto-Kommandit 207.50, Gotthardaktien 182.—, Tendenz: fest.

Frankfurt. (Schlußkurs I.) Wechsel Amsterdam 169.15, Wechsel London 204.70, Paris 81.11, Wien 165.45, Privat- diskonto 1 1/2, Napoleons 16.20, 4/5 Deutsche Reichsanleihe 105.90, 5/6 Deutsche Reichsanleihe 78.70, 4/5 Preuß. Konfols 105.80, 4/5 Baden in Gulden 106.—, 4/5 Baden in Mark 106.—, 5/6 Griechen 32.70, 4/5 Monopolarier 35.10, 5/6 Italiener 88.25, Oesterr. Goldrente 103.40, Oesterr. Silber- rente 84.—, Oesterr. Loose von 1880 131.90, 4/5 Portugiesen 38.50, III. Orientanleihe 67.50.

Frankfurt. (Schlußkurs II.) Spanier 77.15, Holl.-Lücken 102.—, 1/2 Lücken II 27.40, 4/5 Ungarn 102.90, 5/6 Argentinier 54.—, 6/7 Mexikaner 78.40, Berliner Handels- gesellschaft 153.60, Darmstädter Bank 162.30, Deutsche Bank 179.60, Diskonto-Kommandit 207.—, Dresdener 167.70, Oesterr. Länderbank 236.—, Oesterr. Kreditaktien 325 1/2, Oest. Ludwigsbahn 118.40, Lombarden 91 1/2, Staatsbahn 331.—, Elbthalaktien 232.—, Schweizer Nordostbahn 134.50, Mittelmeerbahn 94.50, Meridional 126.45, Badische Zuckerfabrik 64.10, Nordb. Lloyd 86.80 (K a b b e r s t e.) Kreditaktien 324 1/2, Diskonto-Komman- dit 207.80, Staatsbahn —.—, Lombarden 91 1/2, Russen 219.25. Tendenz: schwach.

Berlin. (Anfangskurse.) Kreditaktien 242.30, Diskonto- Kommandit 207.50, Staatsbahn 163.75, Lombarden 45.40, Russ. Noten 219.25, Laurab. 124.—, Harpener 138.70, Südbahn —.—.

Berlin. (Schlußkurs.) Kreditaktien 240.70, Diskonto-Kom- mandit 207.10, Lombarden 45.30, Russ. Noten 219.20, Bochumer Gußstahl 139.—, Gelsenkirchen Bergwerk 159.40, Laurabütte 124.30, Harpener 139.90, Privatdiskonto 1 1/2.

Wien. (Vorbörs.) Kreditaktien 397.75, Staatsbahn 356.90, Lombarden 109.20, Marknoten 60.65, 4/5 Unqarn 124.20, Papier- rente 101.40, Oesterr. Kronenrente 101.20, Länderbank 288.90, Ungar. Kronenrente 99.40. Tendenz: fest.

Paris. (Schlußkurs.) 3/4 Rente 103.52, Spanier 77 1/2, Lücken 27.45, 3/4 Portugiesen —.—, Banque Ottomane 715.—, Rio Tinto 322.—. Tendenz: —.—.

Abendkurse vom heutigen Tage.

Berlin. Diskonto-Kommandit 209.10, Bochumer —.—, Dortmunder —.—, Frankfurt. Kredit 326.—, Diskonto 209.40, Staatsbahn 332 1/2, Lombarden 91 1/2, Gelsenkirchen 160.30, Lücken —.—, Portugiesen 26.30, 6/7 Mexikaner 78.40, 3/4 Reichsanleihe —.—. Tendenz: fest.

Paris. 3/4 Rente 103.55, 3/4 Portugiesen 25 1/2, Spanier 77 1/2, Lücken 27.52, Banque Ottomane 717.—, Rio Tinto 323.—, Banque de Paris 748.—, Italiener 88.35. Tendenz: fest.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Bekanntmachung. Mannheim.

Aus der Michael Maischen Stiftung hier sind vom Groß. Oberlehrer Stipendien zu vergeben an junge Leute, welche die jüdische Theologie studiren oder sich diesem Studium widmen wollen.

Mannheim, den 4. März 1895. Der Verwaltungsrath der Michael Mai-Stiftung.

Die Versicherungsgesellschaft Thuringia in Erfurt

gewährt Feuer-, Lebens-, Unfall- und Transportversicherungen zu billigen Prämien ohne Nachschußverbindlichkeit.

Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft.

Siebenunddreißiger Rechnungs-Abschluß für das Jahr 1894. (Genehmigt von der Generalversammlung am 2. März 1895.)

Table with financial data for Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft. Columns include A. Einnahme (Revenue) and B. Ausgabe (Expenditure) with sub-items like premiums, interest, and administrative costs.

Bilanz am 31. Dezember 1894.

Table with financial data for Bilanz am 31. Dezember 1894. Columns include A. Aktiva (Assets) and B. Passiva (Liabilities) with sub-items like cash, bonds, and reserves.

Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft. Der Direktor: Harbers.

Die obige Vermögens-Aufstellung haben wir mit den Büchern verglichen und in allen Theilen richtig befunden.

Der Aufsichtsrath: A. Schwarz, Vorsitzender, G. Ahlhorn, u. a. Vorsitzender, A. G. Gehrels, Oldenburg.

Stadtgemeinde Triberg.

Die durch Wegzug erledigte Stelle eines

Bürgermeisters der Stadt Triberg

soß alsbald wieder besetzt werden. Das ausgeworfene Gehalt beträgt M. 3500. Geeignete Bewerber werden gebeten, sich unter Beifügung von Zeugnissen und eines kurzen Berichtes des Lebenslaufes bis längstens 15. d. Mts. bei dem unterzeichneten Gemeinderathe anzumelden.

Der Gemeinderath.

Wohnung im Rathhause vorgelesen. P.29.1.

Bekanntmachung. Seirathsaussteuer aus der Elias Hayum-Stiftung in Mannheim betr.

Aus der Elias Hayum-Stiftung ist für dieses Jahr eine Seirathsaussteuer von M. 857. 15 S zu vergeben. Berechtig dazu sind Verwandte des Stifters und Lehrer der an der Stiftung bediensteten.

Der Verwaltungsrath der Elias Hayum-Stiftung. Rechenerstelle.

Die Stelle des Rechners unserer Kasse soll auf 1. April d. J. berufsmäßig besetzt werden. Die Bestimmung der Besoldung wird besonderer Vereinbarung vorbehalten.

Öffene Arztstelle.

In der Gemeinde Immendingen, Kreuzungspunkt der bad. Schwarzwaldbahn, Straßengasse Immendingen-Waldshut und der Württemb. Bahn, ist in Folge Bezugs des bisherigen Arztes diese Stelle sogleich zu besetzen.

Das Militär-Institut Darmstadt.

Bereitet seit 1880 mit bestem Erfolge für das Fährnis, Marine-, Feld-, Ingenieur- und Freiwiliger-Examen vor. Unterrichtsergebnisse und Empfehlungen sind gleich vorzüglich, Disziplin und Verpflegung anerkannt gut.

BLUT.

Apfelsinen, 30-50 St. M. 3.- Mandarinen, 50 " " 3.40 Citronen, 40-50 " " 2.70

Bürgerliche Rechtsstreite.

Ö 946.2. Nr. 2525. Karlsruhe. Der Sipser Franz Wegler in Baden-Baden, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Bertheimer dajelbst, klagt gegen seine Ehefrau, Elisabeth, geb. Weber von Haber, zur Zeit an unbekanntem Orten in Amerika, auf Ehescheidung.

Ö 966.1. Nr. 8192. Forstheim. Das Gr. Amtsgericht dahier hat heute beschlossen: Die Kanowirth Julius Knoderer Bwe., Wilhelmine, geb. Bronner dahier, hat beantragt, sie in die Gewähr des ehemännlichen Nachlasses einzurufen.

Ö 991.1. Nr. 3696. Baden. Die Witwe des Kaufmanns Valentin Kreuter in Singheim, Luise, geborne Ernt, hat um Einsetzung in Besitz und Gewähr der Verlassenschaft ihres Ehemannes nachgesucht.

Ö 874. Nr. 2282. Engen. Zu Firmenregister Nr. 56 G. Sauter in Thengen ist eingetragen: Durch Urtheil Gr. Amtsgerichts Engen vom 28. Januar 1895 ist Vermögensabfindung ausgesprochen.

Ö 874. Nr. 2282. Engen. Zu Firmenregister Nr. 56 G. Sauter in Thengen ist eingetragen: Durch Urtheil Gr. Amtsgerichts Engen vom 28. Januar 1895 ist Vermögensabfindung ausgesprochen.

KARLSRUHE. P.23.1. Montag den 11. März, Abends 7 Uhr, im Museums-Saale

CONCERT

von Fräulein Pauline Irion (Sopran), Fräulein Clara Faisch (Pianoforte), Adolf Hartdgen aus Cassel (Violoncell).

Billetverkauf in der Musikalienhandlung von Fr. Doert und Abends an der Kasse.

Vermischte Bekanntmachungen. P.24. Karlsruhe.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

In der Zeit vom 14. bis 16. April d. J. findet in Saarbrücken eine Geflügel-Ausstellung statt.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Zu dem Neubau eines Maschinenhauses auf Station Offenburg sollen die Grab- und Maurerarbeiten, Zimmerarbeiten, Steinbauarbeiten, Zimmerarbeiten, Glaserarbeiten, Schlosserarbeiten, das Liefern der Rauchsaugkamine, die eiserne Dachkonstruktion, Blechenerarbeiten, Maler- und Tischlerarbeiten und Pfisterarbeiten, im Gesamtbetrag von 137.196 M. 56 Pf. vergeben werden.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Die Pläne und Bedingungen liegen im Geschäftszimmer des Unterzeichneten auf und können Angebotsformulare darauf, gegen Entrichtung einer Gebühr von 30 Pf. für jeden Arbeitsheft, in Empfang genommen werden.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Die Pläne und Bedingungen liegen im Geschäftszimmer des Unterzeichneten auf und können Angebotsformulare darauf, gegen Entrichtung einer Gebühr von 30 Pf. für jeden Arbeitsheft, in Empfang genommen werden.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Die Pläne und Bedingungen liegen im Geschäftszimmer des Unterzeichneten auf und können Angebotsformulare darauf, gegen Entrichtung einer Gebühr von 30 Pf. für jeden Arbeitsheft, in Empfang genommen werden.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Die Pläne und Bedingungen liegen im Geschäftszimmer des Unterzeichneten auf und können Angebotsformulare darauf, gegen Entrichtung einer Gebühr von 30 Pf. für jeden Arbeitsheft, in Empfang genommen werden.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Die Pläne und Bedingungen liegen im Geschäftszimmer des Unterzeichneten auf und können Angebotsformulare darauf, gegen Entrichtung einer Gebühr von 30 Pf. für jeden Arbeitsheft, in Empfang genommen werden.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Die Pläne und Bedingungen liegen im Geschäftszimmer des Unterzeichneten auf und können Angebotsformulare darauf, gegen Entrichtung einer Gebühr von 30 Pf. für jeden Arbeitsheft, in Empfang genommen werden.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Die Pläne und Bedingungen liegen im Geschäftszimmer des Unterzeichneten auf und können Angebotsformulare darauf, gegen Entrichtung einer Gebühr von 30 Pf. für jeden Arbeitsheft, in Empfang genommen werden.